

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Volksbuchhandlung
Holligen-Zürich.
Postsendungen
franco gegen franco
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelpreis.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvert)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gouvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
Die dreizehnlige Zeitzeile
25 Hfr. — 20 Hfr.

Nr. 28.

Donnerstag, 6. Juli.

1882.

Leis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Verschickungsmittel verkannt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag sich abdrücken, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In unvollkommenen Fällen empfiehlt sich bedauerlicher Sicherheit Rekommandierung. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegen-
liegenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Unsern Abonnenten in der Schweiz
zur gef. Kenntnis, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme mit Nr. 30 erheben werden, sofern bis zum 15. ds. M. die betreffenden Abonnementsbeträge nicht eingefandt wurden.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

**Fonds zur Unterstützung
der Opfer des Sozialistengesetzes.**

Im Mai gingen ein:
Oberlangwig 10,—, Leipzig S. H. 5,32, Weimar 26,—, Kassel 70,—, Köln a./Rh. 5,—, desgl. 25,—, Bl. Köln —,80, Chicago Kasper 30,—, Köln a./Rh. 250,—, Solingen 63,30, Bon mehreren Parteigenossen in Hannover 100,—, Halberstadt 33,60, Luxemburg 100,—, Danzig 100,—, Darmstadt 5,—, Großsch 5,—, Aus den Vereinigten Staaten 300,—, Würzen 9,50, Berlin 14,50, Frankfurt 17,—, Rürnberg 70,—, Zürich 20,—, Votodam 18,—, R. von Genossen in Neerane statt Kirchensteuer 6,15, Aus Hg. 500,—, Eilenburg 4,25, Magdeburg 75,—, Halberstadt 16,05.

Im Juni gingen ein:
Dr. M. Rühr 66,67, Heidenheim 10,—, Baden 3,—, Schwerin 30,—, Rostock 10,—, Osnabrück 19,—, Danzig 30,—, desgl. 20,—, Ernstthal 4,—, Rindon 15,—, Hohenlimburg 2,00, Göttingen 10,—, S. Breslau 30,—, Halberstadt 10,—, Bielefeld 14,40, Weiz 6,—, Großsch 9,—, S. Braunschweig 18,70, Kassel 27,58, Spremberg 35,—, Gera 10,—, Blauen 6,80, St. Johann 7,50, Hamburg 60,—, Dortmund 23,—, Lübeck 8,—, Zwickau 15,—, Halberstadt 3,—, Halle 20,—.

Ferner gingen ein:
Heder 10,—, Von drei armen Teufeln (2,40) 1,92, Verein Vorwärts in Buenos-Ayres (Fr. 75,—) 60,—, Bingermann —,10, Deutsche Sozialisten Jug. (Fr. 6,50) 5,30, Deutsche Soz. Zürich (Fr. 6,50) 5,30, Fort R. L. 30,—, D. Gen. in Paris (Fr. 12,80) 10,24, Weidner auf Reisen 1,—, Regentab in Außerrißl (—,10) —,32, Fiedm. B. (Fr. 5,—) 4,—, I. J. B. (Fr. 10,—) 8,—, L. Martin in Lawrence (Dkr. 1/2) 2,04, Vom belehrten Nagelschmied (Fr. 3,—) 2,40, Deutsche Soz. Zürich (Fr. 10,—) 8,—, Johannes B. 2,—, J. B. (Fr. 7,00) 6,08, Rothwein B. (Fr. 2,—) 1,90, Dummer 2,—, Deutsche Soz. Winterthur (Fr. —,90) 72,—, Jungener 2,—, Dr. W. A. 4,—, Serlow (Fr. 1,80) 1,44, Deutsche Soz. Kreuzlingen 4,52, Fel. Em. B. (Fr. 5,—) 4,—, Berlin 120,—, Königsberg 10,—, H. S. U. Frankfurt a./M. 30,—, Kassel B. O. 10,—, R. Florzheim 5,—, E. Heidelberg 200,—, S. H. Leipzig 5,50, M. Leipzig 3,—, Berlin 50,—, Kassel 37,52, Fort 30,—, Halle a./S. 50,—, Herr v. Falkenstein 90,—, Breslau 13,—, F. 6,—, Durch Jakob 50,—, Aus D. u. R. 50,—, Bielefeld 16,—, Dortmund 30,—, Schwerin 140,—, M. S. Gera 1,—, Por aspera ad astra 1,—, Von alten Genossen zu Kleinfenstein 5,—, Gesamtsumme 11.352,72.

Agitationsfonds.
Genossen in Paris, Parteibeiträge Mai, Juni (Fr. 12,40) 11,92, desgl. (Fr. 13,—) 10,40, Genossen in Kopenhagen, Parteibeitr. April, Mai (Fr. 2,80) 2,24, Vom Flügeln 8,— und 2,12, Deutsche Soz. Kreuzlingen 11,29, Von den Wälfischen aus r. 2,25, Gesamtsumme 11.36,10.

Allgemeiner Wahlfonds.
I. J. B. (Fr. 30,—) 11,16,—, Brenner B. (Fr. 1,—) —,80, Gesamtsumme 11.16,80.

Parteigenossen!
Vor wenigen Tagen ist in Hannover das dort erscheinende Blatt „Haus und Welt“ von der dortigen Polizeibehörde auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden, und zwar, weil dasselbe einen dem konservativen „Hamburger Korrespondent“ entnommenen Bericht über ein Reichsgerichts-Urteil betreffend den berüchtigten § 131 des Strafgesetzbuches veröffentlicht hatte. Der „Hamburger Korrespondent“ wiederum hatte den Bericht einer offiziellen Korrespondenz, die von dem Reichsgericht nachstehenden Verlöbten herausgegeben wird, entnommen.
Damit ist zum so und so viel dazuhelfen Male bewiesen, daß Blätter, von denen man vermuthet, daß Sozialdemokraten sie redigieren oder herausgeben, einfach auf Grund jenes bekannten inhumanen Gesetzes todtgeschlagen werden, auch wenn sie nichts anderes enthalten, als was jedes andere Blatt in Deutschland unbedenklich enthalten darf.
Die feiner Zeit bei Berathung des Sozialistengesetzes gegebenen Versicherungen, „daß auch die Herren Liebsteht und Ros“ fernerweit Blätter in Deutschland redigieren oder herausgeben könnten, wenn sie sich innerhalb jener Schranken bewegten, welche die übrige Presse in Bezug auf die Kritik sozialer oder politischer Zustände sich auferlegt, haben sich als grobe Lügen und Bauerzählerei herausgestellt. Dieses Verhalten ist derer würdig, welche die Staatsgewalt in den Händen haben. Es ist die Lüge im Bund mit der Brutalität, die am Ruder sitzt.
Parteigenossen! Nach Ansicht derjenigen, die Ihr als Eure Vertreter mit Eurem Vertrauen beehrt habe, ist es eine unnütze und thörichte Arbeit,

einen weiteren Versuch zu machen, ein Blatt herauszugeben, das versucht, den Ratschen des Sozialistengesetzes zu entfliehen, indem es weiter nichts thut, als objektiv kritisch zu sichten und zu referieren versucht, was die Blätter der anderen Parteien berichten.
Nun, auf die Brutalität gegen unsere Presse gibt es nur eine Antwort, und diese lautet:

**massenhafte und weiteste Verbreitung
unseres einzigen und wirklichen Parteiorgans
„Der Sozialdemokrat“.**

Wenn Ihr mit Energie und Klugheit vorgeht, wird dies mit Leichtigkeit möglich sein.
Schon jetzt können wir Euch die erfreuliche Mittheilung machen, daß der Abonnentenstand des „Sozialdemokrat“ nahezu demjenigen des früher in Deutschland erscheinenden offiziellen Parteiorgans gleich steht und von Woche zu Woche steigt, so daß das Blatt trotz der theureren Herstellungskosten und der enormen Ausgaben, welche seine Einschmuggelung nach Deutschland erfordert und der mancherlei damit verknüpften hohen Verluste, heute schon, bei prompter Abrechnung Seitens der Vertrauensleute, seine Kosten deckt und in nicht ferne Zeit einen Reinertrag abwerfen wird.

Das ist ein wahrhaft großartiges Resultat, das wiederum ein glänzendes Zeugniß von dem Opfermuth und der Lebensfähigkeit unserer Partei abgibt. Bisher ist es noch keine revolutionäre Partei, die gleich uns, der Sozialdemokratie, geduldet war, im Ausland ihr Organ erscheinen zu lassen, gelangen, ein gleich günstiges Resultat zu erreichen. Konstatirt sei, daß namentlich auch die in Folge von Ausweisung und Auswanderung zahlreich im Ausland lebenden Genossen mit unbedingtem Ansehen und anerkanntemwerthen Anhänglichkeit unser Unternehmen unterstützen und wesentlich mit zu seinem Erfolge beigetragen haben.

Als auf, an die Arbeit zu weiterem Erfolg! Tausend neue Abonnenten im neuen Quartal, das sei die Antwort, die Ihr den Schreien der deutschen Volksgewalt für ihre Freiheit und Infamie gebt!
Deutschland, Ende Juni 1882.

„Phäakenenthum.“

„Wenn das sozialdemokratische Ideal verwirklicht und einst einem jeden Menschen die Existenz garantiert wäre, würde — günstigstenfalls — die Menschheit in ein träges Phäakenenthum versinken; der Antrieb der Fortentwicklung, den nur die freie Konkurrenz gibt, würde aufhören — Wissenschaft und Kunst gingen zu Grunde und nur der niederste Sinnenkultus würde blühen.“

So wird uns oft von Anhängern der heiligen Ausbeuterordnung entgegengehalten.

Und die Akerwissenschaft holt sich sogar die Begründung dieses Einwands in der Darwin'schen Lehre vom „Kampf um's Dasein“, ohne den unsere Kultur nicht denkbar sei.

Daß ohne den „Kampf um's Dasein“, von dem die freie Konkurrenz nur eine Abart ist, unsere heutige Kultur nicht denkbar wäre, muß unbedingt zugestanden werden. Allein, was beweist dies? Daß der Mensch einen Theil der organischen Natur ausmacht, daß er mit den übrigen organischen Wesen, namentlich der Thierwelt, durch gemeinsame Entwicklungsgesetze verbunden ist. Nichts weiter.

Der Mensch — und gerade durch Darwin ist dies über jeden Zweifel erhoben worden — hat sich aus der Thierheit zu dem, was er jetzt ist, emporzuschwingen müssen, und genau in dem Maße, in welchem er der Thierheit entwuchs und zum Menschenthum vordröhrt, hat er auch den Kampf um's Dasein gemildert und eingeschränkt.

Die ersten Anfänge der Gesellschaftsbildung sind auf das Bedürfnis der Wilderung des „Kampfes um's Dasein“ zurückzuführen. „Kampf um's Dasein“ heißt Krieg Aller gegen Alle. Und als die Menschen zu begreifen anfangen, daß das Leben Werth habe, und daß es ein schlechtes Geschäft sei, sich untereinander todzuschlagen, kamen sie — freilich ohne den mythischen Gesellschaftsvertrag des guten Jean Jacques Rousseau — auf den Gedanken, den „Kampf um's Dasein“ einzuschränken; und das geschah durch die Bildung von Gruppen (Familienverbände, Clane ic.), innerhalb deren der Kampf um's Dasein aufgehoben war.

Der Angehörige einer Gruppe durfte kein Mitglied in derselben Gruppe todzuschlagen; er mußte seine Reizungen zu Blutvergießen und Menschenverderben (der unsere bieder Borvorfahren ja unstreitig allekammt gehuldigt haben) außerhalb seiner Gruppe befriedigen.

Die Gruppen wurden größer und größer — der Familienverband, der Clan, erweiterte sich allmählich zum Stamm — und je größer die Gruppen wurden, auf desto umfangreicheren Gebieten wurde der Kampf um's Dasein beschränkt.

Die Gesellschaft ist also die direkte Verneinung des „Kampfes um's Dasein“; und der Staat, welcher nichts anderes ist, als die fest organisierte Gesellschaft, hat deshalb zu allen Zeiten und bei allen Völkern den „Kampf um's Dasein“ aufzuheben gesucht.
Die Gesetze der barbarischsten der uns bekannten Staaten ver-

bieten das gegenseitige Todtschlagen; und unter den modernen Kulturstaaten ist kein einziger, der den „Kampf um das Dasein“ in seiner rohesten primitivsten Form: d. h., daß man Leben, der Einem hindernd im Wege steht, einfach aus dem Wege schafft (ein für die Kulturgeschichte sehr bezeichnender Ausdruck), nicht mit den strengsten Strafen des Gesetzbuches belegt hätte.

Angesichts dieser Thatsache ist es eine Underschiedlichkeit, den „Kampf um's Dasein“ als Existenzbedingung der Menschheit hinzustellen.

Es ist wahr, der „Kampf um's Dasein“ hat im Laufe der historischen Entwicklung Formen angenommen, welche der Staat und die Gesellschaft sanktionirt haben; indes das beweist bloß, daß unsere Kultur noch sehr unvollkommen ist, und daß Staat und Gesellschaft, wie notwendig, der Ausdruck dieser unvollkommenen Kultur sind.

In der heutigen Gesellschaft äußert sich der „Kampf um's Dasein“ als „freie Konkurrenz“, als Individualismus und Kapitalismus, und hat in dieser Form die gefühlliche Weiße des Staats, der sich damit zum „Klassenstaat“ herabwürdigt.

Das ist aber nur eine vorübergehende Entwicklungsphase; und im staatlichen, wie im gesellschaftlichen Organismus, regen sich stets kräftig hervortretende Elemente, welche auf Beseitigung des „Kampfes um das Dasein“ auch in der ökonomischen Form der freien Konkurrenz drängen — Elemente, deren rapider Nachwuchs ihren Sieg verbürgt.

Die Aufhebung des Kampfes um das Dasein: das ist eben der Sozialismus.

Der Staatsbegriff, welcher sich seinem Ursprung und seinem Wesen nach gegen den Kampf um's Dasein richtet, wird erst voll und ganz verwirklicht durch den Sozialismus.

Indem wir so gezeigt haben, daß aller menschlicher Fortschritt auf Einschränkung des Kampfes um das Dasein und schließlich auf dessen Beseitigung hinausläuft, haben wir auch die alberne, die geschichtliche Wahrheit auf den Kopf stellende Behauptung, daß der menschliche Fortschritt durch den Kampf um's Dasein bedingt, ohne ihn nicht möglich sei, zur Genüge widerlegt.

Doch ein Wort noch über den an der Spitze dieses Artikels formulirten Einwand.

„Wenn der Mensch nicht mehr den Hungertod vor Augen habe, werde er nicht mehr vorwärts streben, denn es fehle ihm dann jeglicher Antrieb.“

Ist das richtig? Haben die Herren Bourgeois recht mit dem „Phäakenenthum“? Scheinbar, bis zu einem gewissen Punkt, allerdings. Wenn wir unsere herrschenden Klassen betrachten, das Leben, welche die „Spitzen“ derselben führen, ihre erschreckende Geisteslosigkeit und Denkschwäche, dann freilich scheint auf den ersten Blick jener Einwand nicht unberechtigt.

Verglichen mit den Tausenden und Abertausenden von vornehmen und reichen Tageelben, welche in den obersten Gesellschaftsschichten zu finden sind, und die keine Tageelben sein könnten, wenn sie nicht durch erbliches oder direkt gestohlenen Eigenthum vom Kampf um das Dasein emanzipirt wären — verglichen mit diesen verächtlichen Phäaken entfalten die ärmeren d. h. arbeitenden Klassen, die mitten im „Kampf um das Dasein“ stehen, jedenfalls ein weit höheres geistiges Leben und kulturelles Streben.

Aber daß diese vornehmen „Phäaken“ den Sorgen und Nöthen des Kampfes um das Dasein entrückt sind — das ist es nicht, was sie zu verächtlichen Tageelben macht, sondern der Umstand, daß sie nicht arbeiten.

Im sozialistischen Staat, der die Arbeit zum Recht und zur Pflicht Aller erhebt, fällt aber dieses Moment weg, weil Jeder arbeiten muß.

Oder glauben die Herren Bourgeois etwa, die Gesichertheit der Existenz, welche der Sozialismus will, sei unverträglich mit frischem, schwingkräftigem Vorwärtstreben?

Das Leben des Mannes, dem unsere Gegner die Waffe des „Kampfes um das Dasein“ entlehnt haben, ist das schlagende Beispiel des Gegentheils.

Darwin, der bahnbrechende Umwälzer der Naturwissenschaft, der gewaltigste Vertreter der naturalistischen Weltanschauung — dieser Mann, dessen Fleiß und Scharfsinn ebenso bewundernswürdig sind wie die Ausdehnung seines Geistes, und dessen Leistungen sowohl ihrer Bedeutung als ihrem Umfange nach das Staunen jedes Urtheilsfähigen erregen; wofür, Darwin hatte die Gesichertheit der Existenz. Sohn sehr reicher Eltern, hatte er nie den „Kampf um das Dasein“ zu kämpfen. Obgleich er für seine wissenschaftlichen Arbeiten weit mehr ausgegeben als eingenommen hat, hinterließ er ein Vermögen von 140.000 Pfund Sterling = 2.800.000 Mk.

Nach der Bourgeoisstheorie hätte Darwin ein „Phäakenleben“ führen müssen, weil ihm „der Stachel der Noth“ und „der Sporn der Erwerbs“ fehlte!

Mit hundertmal mehr Recht könnten wir behaupten, Darwin würde nie und nimmermehr Das haben leisten können, was er geleistet hat, wenn er nicht eine gesicherte Existenz gehabt hätte.

Und so viel steht fest, wäre er, mit allen seinen herrlichen Anlagen, als Proletarier geboren, wäre Tausend gegen Eins zu wetten, daß er seine Anlagen niemals hätte ausbilden können und elend verhungert wäre.

Neben Darwin könnten wir noch Göthe und Humboldt anführen, die ebenfalls vom „Kampf um das Dasein“ völlig unberührt waren und — ihre umfassende, harmonische und himmeltragende Entwicklung wesentlich diesem Umstande zu verdanken hatten.

Bringe man Göthe, den reichen Patrizien, in Parallele mit Schiller, dem armen Soldatenkind, der sein ganzes Leben hindurch die Segnungen des Kampfes um das Dasein zu kosten hatte — und man wird die kolossalen Vortheile, welche die Gesschichte der Existenz bietet, mit Händen greifen können.

Die immer dreien unsere Gegner die Wahrheit um; nicht die Unsicherheit der Existenz ist es, welche die Anlagen ausbildet, Kunst und Wissenschaft fördert — nur bei gesicherter Existenz ist ein höheres geistiges Leben möglich. Und weit entfernt, den Kulturfortschritt der Menschheit zu hemmen, wird ein Gesellschaftszustand, welcher jedem Individuum eine gesicherte Existenz und die Mittel zur Ausbildung aller seiner Fähigkeiten bietet, den Kulturfortschritt der Menschheit, welcher heute dadurch, daß die ungeheure Mehrzahl der Menschen keine gesicherte Existenz und keine Möglichkeit der Ausbildung hat, mit Bleigewichten aufgehalten wird, in außerordentlichem Grade beschleunigt.

Verbrecher-Album.

Die Gesetzeswächter in Barmen-Eberfeld.

Es ist — wie schon mehrmals im „Sozialdemokrat“ hervorgehoben wurde — ganz gut, wenn von Zeit zu Zeit von den Genossen Berichte über vorkommende Polizeistricterien einlaufen. Ich glaube behaupten zu dürfen, daß in keiner Gegend Deutschlands das Schmarogertum unter den Beamten sowohl als unter der hochloblichen Polizei so äppig in Blüthe steht wie gerade speziell in Eberfeld.

Die Vorsehung hat uns in der Person des Oberbürgermeisters zugleich auch einen Landrath gegeben, und Jedermann weiß, was eine derartige Kreatur zu bedeuten hat. Trotzdem ist diese „ausübende“ Kraft geradezu machtlos gegenüber dem Troß ihrer Untergebenen. Der Polizeipräsident hat'n, Hochkapitel an Gros, verdorbener Bäder, an der Spitze von fünf Kommissaren ist trotz allen Heyens und Spionirens nicht im Stande, sich irgendwie verdienstlich zu machen, und greifen diese Rechts zu, so greifen sie stets daneben.

Das munderige, liberalkonservative Bürgerthum glaubt Wunder zu besorgen, und es besorgt in der That ein Stück Wunder. Polizeiwachmeister L. Ranges, den Pelz voll Schulden, sein Gewissen aber natürlich trotzdem rein, versteht es der Herr ganz besonders, unvertreten zu pumpen und nie zu bezahlen. Doch dieser Bauernjüngler ist noch nicht der schlimmste. Die Perle von Allen ist ein verdorbener Freireisgerichte. Nachdem er lange genug Kommissar verdammt, wurde er hier, wie das leider so üblich, lebenslänglich als Kommissar angestellt. Natürlich, ein Arbeiter wird nur so lange ausgebeutet, als er Kraft und Sock hat, jene anderweitigen Schmarogel aber werden, wenn sie sich während der Drilljahre als gefähliche Schergenstücke erweisen, als „invalide“ entlassen und dann lebenslänglich an die Krippe gebunden, während er ihre und fleißige Arbeiter im Alter hungern und darben müssen. Dieser verdorbene Seifenschlagger und jetzige Kommissar heißt Franzel; er sei wirklich allen Patrioten empfohlen als Mitglied jener Norddeutschen, in welcher er sich nicht rechnen will. Es ist wohl kein Witz, Metzger, Händler oder sonstiger Gewerbetreibender in seinem 4. Polizeirevier, der nicht schon von ihm bemogelt worden wäre, und die Angstschweiß geben ja noch gerne, wenn sie so ein zweierlei Tsch sehen. Das Kriechen wird immer mehr Mode, und Mancher hat es wohl nötig, denn was hat nicht der Herr Kommissar für Macht! Er darf seine lieben Bürger sklavieren, wie er will, denn die Wähler halten still.

Als vor Kurzem die Wirthschaft beschwerte erhoben über die Ueberhandnahme der Lingeltangel, kam es in der durchsichtigsten Stadtraths-Sitzung zu einem erregten Zwischenfall zwischen dem Stadtvorordneten und dem landesherrlichen Oberbürgermeister. Wie immer bei solchen Gelegenheiten mußte die Polizei, obgleich in den Wäldern täglich über ein Dutzend amoniciert waren, auch jetzt nicht, daß in dem gesagten Zwischenfall auf einmal über 90 Lingeltangel seien. Es mußte aber Abhilfe geschaffen werden; die Beherrschung sämtlicher Lokale mit 15 Markt pro Tag war die erste, außerdem wurde einzelnen Wirthshäusern die Konzession zum Konjertgeben entzogen. Das munderige Bürgerthum war zufrieden, die Stadträthe jubelten, wieder einmal eine brave That vollführt zu haben. Allerdings eine brave That, eine kleine Anzahl, und nicht die schlimmsten, plötzlich launig zu machen, während man gerade die unanbersten ruhig weiter duldet. Aber diese Lokale gehören zum Revier Franzel und nun das Beste.

Auf der Karlsruher hier ist eine Wirthschaft Kotz, welche allgemein als H—renschneise bekannt ist. Da sind der Herr und die Frau Kommissar Hausfreund, gehen mit den „lieben“ Freunden aus, reisen gemeinsam nach Köln zum Karneval und so weiter. Kommt das liebe Fräulein Franzel's in die Wochen, so darf natürlich der nöthige Kuchen und Vordrucken nicht fehlen. Hat die Frau einen Hut nötig, sie erhält ihn; begt sie sonst einen Wunsch; er wird erfüllt, die lieben Freunde sind die Kajmerkommitte selbst, dafür haben sie aber auch das ersehnte Bewußtsein, in ungehöriger Ruhe ihrem unlauberen Geschäfte obliegen zu können, wenn nur „der Herr Kommissar“ den Vortrang bei einem etwaigen Beschel hat und seine Rechnung dabei findet; er sorgt dann dafür wieder auf der andern Seite, daß nicht nur Amtsdirektor und Polizeiobernete, sondern auch die „kommen“ Bürger mit vollen Börsen sich einstellen, um ein „Stückchen der Erkenntnis“ zu halten. Der überwachende Beamte sieht dann davon natürlich nichts, handelt es sich aber um die Verhaftung eines Menschen, der im Geruch der Sozialdemokratie steht, so springt dieser Lump vor Freunde aus einem Wirthshaus in's andere, um die Wunder zu erzählen, die er verliert. Auch die Verhaftung Wuntzler's ist nur auf sein Konto zu setzen, und obgleich bis heute noch keine Anklage gegen Wuntzler erhoben, so hält man denselben dennoch in Haft.

So konnte ich über diesen Franzel noch Manches erzählen, doch dürfte Obiges für heute genügen. Mehreres werde ich Ihnen über die anderen drei Kommissare schreiben; allerdings taugen sie alle zusammen nichts, aber die Krone aller hat doch Franzel davon getragen.

Wichtig eine passende Ergänzung hierzu liefert folgender Brief eines Barmen Genossen:

„Nicht nur in Eberfeld, sondern auch in Barmen, ja im ganzen „deutschen Reich von Sabels Gnaden“ macht sich die Korruption in unerschämtester Weise breit. Ein Prachtexemplar ist unter Anderen der hiesige Polizeipräsident Polz, dann, wie das bei der Polizei so Mode, Schamlos, frech, wie's der Brauch in dem deutschen Nationalparlamentarium nun einmal verlangt, ein H—renschneise, wie das von einem solchen Völkchen der offiziellen Reichstheiligkeit eben zu erwarten ist. Ihm stehen die untergeordneten Kommissare würdig zur Seite. Da ist z. B. Herr Wiltz, ein hervorragender Sozialist, der alle Wirth- und Angl-

meier seines Reviers anpumpt und ihnen dann das Geld ehrlich schuldig bleibt.

Nicht viel besser sind seine Kollegen Schulz und Burghard. Und das Beispiel von Oben wuchert unten vorerflich und wockt Raschierung bei den Polizisten niederen Grades. Weil die Wirth- in jeder Weise den Polizeifunktionen preisgegeben sind — Dank unserer Gesetzgebung und ihrer eigenen Feigheit — freffen und saufen die Polizisten, so oft und so viel es der Hande gefüllt. Sie geben sich auch den Anschein, als ob sie bezahlen, wenn Gäste anwesend sind, d. h. sie geben dem Wirth gewöhnlich eine größere Münze und thun, als ob man ihnen herausgeben sollte. Wehe aber dem Wirth, der nicht ebensodiel in seiner Münze zurückgibt, als er in großer empfangt; er kann sich auf Strafanzigen aller Art, wegen Uebertretung der Polizeifunktionen, wegen unerlaubten Schnapsauschankes, ruhestörenden Lärmes u. dgl. sicher gefaßt halten. Und darum lassen sich die Leute von der Blutsaugerhande stieber gedulbig plündern. Unsere Liberalen aber, welche diese Zustände ebensogut kennen, als wir, wenden dagegen ihr Lieblingsrecht an, das Todtschweigen, oder treiben die Handel gar so weit, daß sie mit großer Entrüstung wider die russische oder amerikanische Korruption donnern und sich dabei pharisaisch unserer gewissenhaften Beamten rühmen.

In das „Verbrecheralbum“ mit dieser ganzen Sippchaft!

Die ungestrafte Korruption und Brutalität unter den oberen Beamten erzeugt natürlich Vechtschheit und Lämmerhaftigkeit unter den niederen Organen. Solange darunter nur Sozialdemokraten oder überhaupt Arbeiter leiden, haben jene nicht nur keine Strafe zu gewärtigen, sondern im Gegentheil hängt Lohn und Beförderung vom Grade ihrer Korruption ab. Bei der sprichwörtlichen Dummheit dieser Beamtenkategorie kommen sie natürlich bisweilen an den Unrechten und sind die „Richter“ — wenn es gar nicht anders geht — gezwungen, um in den Augen des dummen Spießes den Schein der Gerechtigkeit zu wahren, diese „Stützen der Gesellschaft“ zu verurtheilen. Vor wenigen Wochen erst mußten in Barmen 2 Nachwächter wegen Mißhandlung von Bürgern (das und fett, ihnen selbte wenig) zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt werden und jetzt mußten wieder 3 Nachwächter, welche 2 Regiermeister in geradezu räuberischer Weise überfielen und mißhandelten, zu 4 Monaten Gefängnis verdonnert werden, blos weil sie so dumm waren, Jengen hinzukommen zu lassen, so daß der berückigte Dienstleid keinen Ausweg bieten konnte.

Sozialpolitische Rundschau.

Barmen, 5. Juli 1882.

Von Genosse Dieggen erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Nr. 24 unseres Organs enthält einen Artikel über „Arbeitslöhne und Waarenpreise“, wo die alte Vorspiegelung, daß Erhöhung der Arbeitslöhne den Preis der Produkte derart steigere, daß die Arbeiterklasse nichts dabei verdiene, trefflich zurückgewiesen wird. Jedessen vermißt ich dabei ein Argument, welches das interessirte Geschwätz der Reichbürger in evidentester Weise widerlegt, und das Sie gestatten wollen, nachzuholen.

Angenommen, es sei wahr, was in der That nur ein Verluh ist, die Unwissenheit zu überdöpseln, angenommen, die Steigerung der Arbeitslöhne steigere den Preis der Produkte in gleichem Betrage — so ist selbst in diesem Falle noch zu erwägen, daß dieser Betrag sich auf das ganze Erzeugniß vertheilt, während die Arbeiter nur den kleinsten Theil davon kaufen und verzehren können. Die gesteigerten Löhne fließen ausschließlich in die Hände der Arbeiter, während die Produkte zum größten Theile von der höheren Sippchaft konsumiert werden. Wohl bilden die Arbeiter die große Masse der Konsumenten, und wenn die Produkte sich der Kopf vertheilt, würde auch der erhebliche Theil der Preissteigerung ihnen zu Last fallen. Aber so ist die Sache nicht. Die verhältnismäßig kleine Zahl der Privilegirten hat einen entsetzlichen Schwund und keinen Boden im Wank. Diese Handvoll Leute verzehren nicht nur ihren natürlichen Theil, sondern sind gerade darum Schnapphähne, weil sie die Nationen des Volks vorweg für sich nehmen. Die Unternehmer, deren Finanziers, Henskerluechte und Börsretter zwingen die Arbeiter mit der Fuchtel, Kahrnen, Kleidung und Wohnung für die Nation zu schaffen; aber — Lederbissen, Saunnt und Seide, Goldbrokat, Treffen, Spitzen und Paläste für die Auserwählten, und Kleinstrod, Zigarren, Hofgeräth und Baracken für den arbeitenden Plebs. Wer will nun bei diesem Sachverhalt bekreiten, daß die große Masse der erjungen Werthe von den Herrschaften verschlungen wird. Wenn die Arbeiterklasse durch Einigkeit und vorsichtig angelegte Streiks die Löhne erhöht, dann laßt das von den Gannern — darunter ist der kleine Theil der „Kucharbeiter“ zu verstehen, welcher den größten Theil der Produkte verzehrt — nur auf die Waaren geschlagen werden — sie sind selbst die Hauptkonsumenten und müssen also auch die Zehle zahlen.

Ich wiederhole den Schluß des Genossen Leo:

Wenig Arbeit und hohen Lohn!

J. Dieggen.

— Staatssozialismus im Klassenkaat. „Keiner hat die Noththeile der Verfaßlichung schwerer zu empfinden“, schreibt man der „Berl. Volksz.“ aus Potsdam, „als diejenigen Arbeiter, die in Eisenbahnerwerkstätten, auf Güterboden zc. gegen Tagelohn beschäftigt sind. Davon können wir hier ein Lied singen, das bereitet nirgends wohl für diese Behauptung Jengniß abzulegen im Stande ist. Es wird in unseren Eisenbahnerwerkstätten nach und nach ein soldatisches Regiment eingeführt, das einen gewaltigen Kontrast bildet gegen eine Zeit, wo die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn noch eine private war. Aber abgesehen davon, so treten jetzt auch Lohnverkürzungen ein, welche die Betroffenen sehr schwer berühren. Alle Arbeiter, die fast ihr ganzes Leben auf dem Güterbahnhof gearbeitet haben und seit Jahren pro Tag 2 R. 25 Pf. Arbeitslohn bekommen, sind jetzt in ihrem Verdienst bis auf 1 Mark 50 Pfennige herabgesetzt. Man benutzt die Kräfte der Leute, solange es geht, und gibt ihnen später, trotzdem noch dieselben Anforderungen an sie gestellt werden, geringeren Lohn; ist der Mann damit nicht zufrieden, nun, dann kann er gehen. — Noch viel krasser liegt aber ein Fall, der seit Wochen die Gemüther unserer Einwohner mit Entrüstung erfüllt. In der Zeit der ärgsten Reaktion haben wir schon Manches erlebt, aber daß man einen Vater für die politische Bekämpfung seines selbständigen Sohnes verantwortlich macht, dürfte denn doch noch nicht dagewesen sein, und herein dürfte die verfaßlichte Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn einzig dassehen.“

Der nunmehr erzählte Fall, daß dem 60 Jahre alten Modellschler Ridel, der seit 32 Jahren in der Potsdamer Maschinenwerkstatt arbeitet, auf Veranlassung des Potsdamer Rabal, des Herrn von Engelken, von Seiten des Obergerichtes Turzer mit Entlassung gedroht wurde, falls er nicht seinen Sohn, der an einem fortschrittlichen Blatt mitarbeitet, entweder davon abbringe oder aus seinem Hause fortjuche und jeden Verkehr mit ihm abbreche, und daß thatsächlich dann der jüngere Ridel von seinem Vater fortzog, dieser Fall ist zwar sehr bezeichnend für das in Preußen-Deutschland herrschende System, aber er steht nicht einzig vielmehr in seiner Art da, er ist schon mehrfach in Preußen dagewesen. Darüber indess ein andermal. Die Lohnverkürzungen interessieren uns heute mehr, sie sind ein schlagender Beweis für die Wichtigkeit unserer früheren Ausführungen, daß die Arbeiter den Konjert, mit welchem der christliche Staat die „jüdische“

Börse für die Verfaßlichung „gewonnen“ hat, bezahlen müssen. Bei jeder Verfaßlichung noch hat die Börse, ihre hohen Gönner, sowie das aktienbesitzende Publikum ganz erheblich verdient. Dieser Verdienst wird aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßt — das ist der Staatssozialismus im Klassenkaat. Wir danken für Ob's.

— Volksparteilich-demokratisches. Nicht im Bannigen „Handoverschen Kurier“, auch nicht in der Bamberger-Losker'schen „Tribüne“, ja nicht einmal in der Eugen Richter'schen „Berliner Ztg.“, nein, in Herrn Leopold Sonnemann's, des großen „Demokraten“ „Frankfurter Zeitung“ finden wir in einem Leitartikel über die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen folgenden bezeichnenden Satz:

„Besondere Ueberraschungen darf man sich von dem Ergebnis der demnächstigen Landtagswahlen nicht versprechen. Ein Rückblick zeigt, daß seit 1866 im Großen und Ganzen die Klassenwahlen stets dasselbe Resultat ergeben haben, wie die direkten Reichstagswahlen, nur daß die Sozialisten bei ersteren gar keine Chancen haben und die Ultramontanen etwas geringere, namentlich in den Städten. Es ist das insofern eine erfreuliche Erscheinung, als dadurch konstatiert wird, daß die Demagogie, sie fleide sich in die rotze oder in eine andere Farbe, nicht viel vermag und die Intelligenz sich den Massen wie dem Besig gegenüber geltend zu machen weiß.“

Wie man diesen Satz auch lesen mag, ob man nun die „erfreuliche Thatsache“ auf die Chancenlosigkeit der Sozialdemokratie beim Dreiklassenwahlsystem oder auf die geringen Ansichten für die Regierungsdemagogen bezieht, immer leuchtet aus diesem Satz die ganze Charakterlosigkeit und Bornirtheit des Bourgeoisdemokratismus heraus. Charakterlosigkeit, denn dieser Jubelstimmus gilt der „erfreulichen Thatsache“, daß es die Königtreuern Fortschrittler und die Liberalen à la Lasker-Fortenbed-Bamberger sind, welche Aussicht auf einen Stimmengewinn bei den Landtagswahlen haben, also gerade die Parteien, für welche die „Frankfurter Zeitung“ sonst nur Spott und Hohn wegen ihrer (schwachmüthigen) Opposition hatte, und Bornirtheit, weil hier — eht bürgertlich-demokratisch — dem allgemeinen Wahlrecht eine Wirkung zugeschrieben wird, die es unter der ökonomischen Herrschaft des Kapitalismus nicht hat und nicht haben kann. Es ist aber für die „Demokratie“ der Volkspartei bezeichnend, daß sie die Ursache dieser „erfreulichen Thatsache“, der nämlich, daß beim allgemeinen Wahlrecht wie beim Dreiklassenwahlsystem der Besig über die Intelligenz stets den Sieg davonträgt, nicht einsieht oder richtiger nicht einsehen will.

Die Herren Volksparteier sehen eben die Welt durch die Brille des Besiges an, und der intelligenteste Vertreter des Kapitalismus ist ihnen der Vertreter der Intelligenz schlechweg.

— Es gibt noch Richter in Darmstadt. Schon im Rechenschaftsbericht unserer Abgeordneten ist Seite 8 zu lesen: — kurz, eine vollendete Schreckensherrschaft, der dieser Tage durch richterliches Urtheil (Prozeß Joha vor dem Hofgericht zu Darmstadt am 1. Septbr. 1879) das Brandmal der Schande aufgedrückt worden ist, indem dieses Urtheil die in einem sozialdemokratischen Wahlsflugblatt, zur Charakterisierung jener Schwachköllen, ihres Tacitus harrenden Epoche tiefer Erniedrigung Deutschlands gebrauchte Ausdrücke als „berechtigt“ anerkannte.“ Die Anklage stützte sich damals auf § 131. Jaun wurde in allen Instanzen freigesprochen, ja selbst der Staatsanwalt, man höre und faunne! beantragte Freisprechung. Als Entgeltung dafür sind auch seine heftigen Richter zu Reichsgerichtsräthen degradirt worden.

Heute können wir wieder eine Freisprechung melden. Wie schon früher im „Sozialdemokrat“ erwähnt, waren die Genossen Müller (als Bersaffer), Leichter (als Drucker) und Rahres (als Verbreiter) eines Flugblattes für die Wahl Bebel's in Anklagezustand gesetzt, weil in demselben gesagt war:

„Hundert von braven Familienvätern werden ausgewiesen, von Haus und Hof, von Weib und Kind vertrieben, weil sie nicht wie die Soldlinge der Reaktion ihre Gefinnung je nach dem Wunsch von oben ändern, sondern immer und immer wieder ihrer Ueberzeugung getreu gegen die Knechtschaft in jeder Gestalt ankämpfen.“

Wiederum lautete die Anklage wegen Verstoß gegen den § 131, den wir auch wohl unsern Paragraphen nennen könnten, und war Hauptverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts zu Darmstadt am 26. Juni 1882.

Der Provinzialdirektor von Marquardt, im Sinn „unserer“ Gesetzes Landespolizei, wurde auf Antrag der Angeklagten, natürlich mit Genehmigung des Ministeriums, als Zeuge geladen, weil Genosse Müller sich vor der Wahl vergewissert hatte, ob die Landespolizeibehörde eine Wählerversammlung, alswo die Kandidatur Bebel's empfohlen werden sollte, verbieten würde. Marquardt hatte erklärt, daß dies aus Grund von § 9 des Sozialistengesetzes geschehen müsse und auf Vorhalt der einschlägigen §§ der Verfassung resp. anderer Gesetze, bemerkte er: die seien nicht für die Sozialdemokratie da, sondern nur für die andern Parteien. Als Müller dieses Vorkommniß in Abwesenheit des Zeugen vor dem Gerichtshofe mit kernigen Ausdrücken schilderte, merkte man schon die Berlegenheit bei dem Staatsanwalt. Bei der erfolgenden Vernehmung wollte sich der Zeuge zwar so davon schrauben, Genosse Müller rühte aber nicht, bis v. Marquardt die von ihm gegebene Interpretation jugelend, und wurde seinem Gedächtniß durch Müller gehörig nachgeholfen. Man merkte selbst bei den Richtern das Beiliche der Situation. Nicht etwa, daß wir Sozialdemokraten nicht das schon lange wüßten, bewahre, daß es von den höchsten Beamten der Provinz so offen gesagt wird, während man sich aßen heimlich, gerade das, was Marquardt sagte, hinwegzuspinnen, war die Ursache der Berlegenheit. Zwei Polizeifunktionen waren als Belastungszeugen geladen, und als Genosse Müller einen dieser Taugenichtse fragte, was sie eigentlich zu bezeugen hätten, da erwiderte dieser, sie wüßten gar nichts, worauf Müller ganz treffend bemerkte, es schiene ihm, als habe die Staatsbehörde die Absicht, den Angeklagten recht viel Kosten zu machen. Doch mit ihrem Nichtwissen sollten die Polizeifunktionen nicht davonkommen, und wollte Genosse Müller die Gelegenheit benutzen, dieselben Spießrathen laufen zu lassen. Wie zu erwarten stand, auch aber sofort das berättigte „Dienstgeheimniß“ vorgeschützt.

Alles Bemühen der Angeklagten und des Verteidigers blieb erfolglos, selbst die Bemerkung Müllers, es sei für seine Verteidigung sehr wesentlich, wenn der Gerichtshof erfahre, wie die untern Polizeiorgone den Sozialdemokraten den Fuß im Raden haben und sie zu ruinieren suchen, selbst das Produzieren eines Gerichtsbeschlusses konnte die einmal gefaßte Entschliegung der Richter nicht ändern, sie hatten genug an der Dienstgeheimnisverbindung Marquardt und wollten der Staatsanwaltschaft keine weiteren Verlegenheiten bereiten. Einen ersichtlich guten Eindruck, sowohl bei den Richtern, wie bei dem Publikum, welches aus lauter Parteiliegenossen bestand, machte es, als alle drei Angeklagten unumwunden erklärten, daß sie alle und jede Verantwortung für das Flugblatt übernehmen, da es nur Wahrheit seien, die darin wiedergegeben; ja der Drucker, Genosse Leichter, erklärte sogar: er unterschreibe jetzt noch jeden Satz und wundere sich nur, daß man ihn in Anklagezustand gesetzt habe.

Der Staatsanwalt schien die Sache verloren zu geben, er bat zwar um ein Schuldig, die Höhe der Strafe dem Ermessen des Gerichtshofes überlassend. Die Verteidigung, geführt vom Rechtsanwalte Schädler, entledigte sich ihrer Aufgabe glänzend, beantragte nicht nur Freisprechung von Strafe und Kosten, sondern auch, daß die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last fallen.

Genosse Müller, der das Schlüsselwort hatte, trat für den inkriminierten Passus den Beweis der Wahrheit an, zeigte durch eine Reihe von That- sachen und Aeußerungen aus dem deutschen Reichstag und Landtag, gesehen, resp. zugehört von Ministern, daß die Ausweisungen gerade u. a. r deshalb erfolgen, weil die Betreffenden ihre Gesinnungen nicht je nach Wunsch von oben ändern, und schloß sich dem Antrag des Ver- theidigers an. Nach dreiviertelstündiger Berathung erfolgte, wie schon oben erwähnt, die Freisprechung von Strafe und Kosten. Daß auch die Vertheidigungskosten der Staatskasse zur Last fallen sollen, lehnte der Gerichtshof ab, da er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die An- geklagten soviel Intelligenz besäßen, sich selbst zu vertheidigen. Ich glaube den Artikel am besten mit dem Schlusssatz des Artikels: „Zur Rechtsgleichheit in Deutschland“ (S. Nr. 9 d. Soz.): „Eure diesen Männern, hätten wir beinahe hingeseht. Indes, was haben sie denn eigentlich Großes gethan! Sie sind einfach keine noto- rischen Schurken gewesen, sondern haben die Befehle so angewendet, wie sie nach Sinn und Wortlaut angewendet werden müssen. Und daß man versucht ist, deutsche Richter deswegen noch besonders zu loben, gebe es ein drastischeres Kennzeichen der verrottenen Zustände im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte?“

Und nun, Genossen in Darmstadt und Umgegend, wollen wir Euch noch zuzufügen: **Nützig vorwärts, nicht die Hände in den Schoß gelegt!** Durch die Freisprechung unserer drei Genossen sind Euch viele Gelohnungen erspart, ferner deshalb um so eifriger für die politische Genußfreude, für die durch das infame Sozialistengesetz getroffen, sorgt mit einem Wort, daß Darmstadt recht bald wieder bei dem Unterstüßungs-fonds-Verzeichniß eine Stelle hat.

Woch, Revier-Kommissarius.

Das schwachvolle Urtheil gegen Loges in Han- nover, über welches an anderer Stelle berichtet wird, ist nicht bloß ein Attentat auf alle Rechtsbegriffe, sondern es verletzt auch brutal den Grundsat, daß die sicherste Garantie für eine gute Rechtspflege in der Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens liegt. Loges ist verurtheilt wegen eines Reserves über einen Prozeß: weil eine von der Dresdener Staatsanwaltschaft inkriminierte Anfüh- rung Bebel's in einer Korrespondenz mitgetheilt war. Die Mit- theilung war durchaus objektiv erfolgt. Das Verbrechen der Majestäts- beleidigung, um welches es sich handelt, war selbst für Richter so un- greifbar, daß das Dresdener Gericht in der Aeußerung Bebel's das Verbrechen nicht finden konnte. Das hannoversche Gericht war scharf- sichtiger — es fand eine Majestätsbeleidigung in der referirten Wieder- gabe einer Aeußerung, die selber nach dem Urtheile des Dresdener Gerichtes gar keine Majestätsbeleidigung enthielt. Daß richter- liche Entscheidungen einander schmerzhaft widerstreben, ist eine bekannte Geschichte und speziell in politischen Prozessen, wo Alles auf das subjektive Denken und Fühlen des Richters ankommt, auch sehr natürlich.

Was uns hier besonders interessiert, ist der Streich, welcher gegen das Prinzip der Oeffentlichkeit geführt wird. Mit Recht sah das Bürgerthum zur Zeit, da es noch wirklich „freisinnig“ war, in der Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens die wichtigste, wo nicht einzige Bürgschaft einer gerechten Justiz. Nur durch die vollste Oeffentlichkeit kann Justizmorden, richterlicher Willkür und dem Inquisitionsunwerg vorge- beugt werden. Die Oeffentlichkeit beschränkt aber nicht sowohl in der Zulassung einer immerhin sehr beschränkten Zahl von Zuhörern zur Prozeßverhandlung, als in der Veröffentlichung durch die Presse, welche zum gesammten Volk spricht.

Hat man schon früher durch „Ausschluß der Oeffentlichkeit“ das Publikum aus den Verhandlungsstellen fern gehalten, so vernichtet das hannoversche Urtheil die Oeffentlichkeit für das gesammte Volk. Darin ist Plan. Unsere Feinde können die Wahrheit nicht vertragen: nicht genug, daß sie uns verurtheilen, sie setzen uns auch noch einen Knebel in den Mund, damit wir das erstere Unrecht nicht auch ihnen können. Nun — sie werden ihren Zweck nicht erreichen. Die Sozialdemokratie spottet der Anstrengungen und Gewaltthaten ihrer Feinde. Ihren Feinden zum Trost hat sie eine Presse und wird eine haben. Geschehe was da wolle, sie wird die Niedertracht ihrer Feinde geißeln, ihre Schurkenstreiche ans Licht ziehen, und an das Rechtsgedühl des Volkes appelliren bis dieses erwacht und Gericht hält.

Urtheile, wie das jetzt in Hannover gefällte, können wir nicht ver- dulden, aber wir werden unser Möglichstes thun, daß sie nicht mehr lange gefällt werden.

Aus Leipzig, den 30. Juni, wird uns geschrieben: Von der handlungs- Verurtheilung der Genossen Lausche, Kipisch und Künzler habe ich Ihnen berichtet. Hören Sie das Weitere. Die drei Verurtheilten, welche mehrere Wochen in Untersuchungshaft gefesselt hatten, wurden unmittelbar nach der Urtheilsverkündung, wie das in der Ordnung war, in Freiheit gesetzt. Natürlich wußten sie, daß die Polizei, welche Hand in Hand mit den Richtern arbeitet, auf Grund der Verurtheilung hin die Ausweisung verhängen würde, die übrigens auch im Falle der Freisprechung so ziemlich sicher gewesen wäre. Zum allgemeinen Erkennen ließ die Ausweisung auf sich warten. Man hatte eine kleine Ueberraschung in petto. In das einzige Einerelei der Maß- regelungen muß doch von Zeit zu Zeit Abwechslung gebracht werden. Wohlan — am vorigen Dienstag zeigte es sich, was diese auffallende „Rüde“ und „Anständigkeit“ bedeutete. An diesem Tag — das heißt anderthalb Wochen nach der erschütterlichen Verdonnerung — wurden die Verurtheilten auf die Polizei vorgeladen, wo ihnen in üblicher Form die Ausweisungsbefehle zugestellt ward. Das wurde als etwas längst Erwartetes hingenommen. Als aber die glückliche Ausweisung sich entzweiten wollten, ließ es, sie müßten sich in den „Justizpalast“ zur Staatsanwaltschaft begeben. Das geschah mit politischem Ehrengehalte, und von der Staatsanwaltschaft wurde man den drei Verurtheilten und Ausgewiesenen kundgethan, daß sie wegen Finchi- verdachts sofort in Haft genommen werden müßten. Umsonst machten sie geltend, daß das Urtheil, da Berufung erfolgt, noch nicht rechtskräftig sei und daß bei einer so geringen Strafe, wie 2 und 3 Monate Gefängniß, ja doch von Finchiverdacht nicht die Rede sein könne. Der Staatsanwalt erwiderte, die polizeiliche Aus- weisung bilde einen genügenden Grund, denn wenn die Ausgewiesenen aus Leipzig weg seien, werde es schwer halten, ihrer wieder habhaft zu werden.

Allen Remonstriren war umsonst — Künzler, Kipisch und Lausche sitzen seit vorigen Dienstag, und sinitenmal im Fall der Befreiung des Ur- theils die Haftzeit ihnen nicht angerechnet würde, so müssen sie wahr- scheinlich auf das „Rechtsmittel“ der Berufung Betriß leisten und sich dem ungerechten Urtheil unterwerfen.

Das nennt man „Justiz“ im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte!

Kann man sich ein inameres Verfahren denken? Ist ein frecheres Attentat auf Recht und Gerechtigkeit denkbar?

Und diese Begründung des „Finchiverdachts“!

Kann es etwas Schamloseres geben?

Also weil die in erster Instanz Verurtheilten von der Polizei ange- wiesen werden, sind sie „Finchiverdächtig“? Finchiverdächtig kann Jedem doch nur sein, wenn ihm die Absicht zugunsten ist, sich den Folgen einer strafbaren Handlung freiwillig zu entziehen. Wollte Künzler, Kipisch und Lausche denn aber freiwillig Leipzig verlassen? Ist die Ausweisung nicht gegen ihren Willen verhängt worden? Sind nicht für die Gemeinheit verantwortlich, daß man mit der Ausweisung nicht wenigstens wortete, bis das Urtheil rechtskräftig war? Wäre es der Staatsanwaltschaft nicht ein leichtes gewesen, den Ausschub der Aus- weisungsbefehle zu erwirken?

So wie die Dinge eben stehen, ist es offenbar, daß die ganze Affaire zwischen der Staatsanwaltschaft und der Polizei abgekartet war, um drei Sozialdemokraten, wo nicht zu ruiniren, doch möglichst zu klistriren und zu malsträiren.

Unter allen Umständen ist dieses Verfahren geradezu niederträchtig und liefert einen neuen Beweis dafür, daß Sozialdemokraten gegenüber Alles erlaubt ist, und keine Rücksicht der Gerechtigkeit und Humanität gilt.

Wir legen es zu dem Uebrigen.

Der arme Laute sitzt noch immer. Da in seiner Zusticht an den „Sozialdemokrat“ absolut nichts „Strafbares“ zu finden ist, so scheint der einzige Zweck dieser abscheulichen Quälerei — denn andrerseits kann man Laute auch, ohne ihn lang sitzen zu lassen — der zu sein, daß man ihm durch Ueberrumpeln dieses oder jenes Gefährlich zu entlocken hofft. Hierin ähneln sich die Herren Inquisitoren — denn unser heutiges Gerichtsverfahren unterscheidet sich im Wesentlichen nicht von dem alten Inquisitionsprozeß verurtheilten Andenkens — sich getäuscht haben, denn Laute hat eben nichts zu gestehen.

Schade, daß man keine Daumenstrahlen und sonstigen Folterwerk- zeuge mehr anwenden kann — dann ließe sich vielleicht das Gewünschte doch erlangen — wie in der „guten alten Zeit“ von den unglücklichen „Herzen.“

— Eine Lehre. Wer die Verhandlungen des Leipziger Hochverrathsprö- zesses im Jahre 1872 gegen Bebel, Liebknecht und Hepner noch im Gedächtniß hat, der wird sich auch des Vorstehenden der Geschworenen, eines Ritter- gutsbesizers Steiger auf Schweta entsinnen. Dem Einfluß jenes Ehrenmannes war die Verurtheilung von Bebel und Liebknecht wesentlich zu verdanken, er hielt sich damals für verpflichtet, den Auslassungen der Angeklagten über die Lage des Bauernhandes gegenüber zu konstatiren, wie vortrefflich unsere Bauern sich hielten, und heute, nach zehn Jahren, ist dieser Herr selbst — ein Opfer unseres ökonomischen Entwicklungs- prozesses geworden. Wie verschiedene Blätter kürzlich berichteten, ist das jenem Herrn eigenthümlich gehörige Rittergut, das zum Werthe von 600,000 Mk. taxirt war, in der Zwangsversteigerung mit 494,000 Mk. verkauft worden und damit Herr Steiger auf Schweta ein armer Mann. So muß es kommen, damit auch die Bornirtesten zur Einsicht gelangen!

— Als Vorbild zur Uin-Heidenheimer Ermahn- (siehe Situationsbericht aus Württemberg in Nr. 14), an der sich unsere Uin-Heidenheimer Genossen speziell zu betheiligen beabsichtigen, wurde am 27. Juni bei zwei Heidenheimer Parteigenossen gehandelt. Bei dem einen resultatlos, bei dem zweiten angeblich „mit Erfolg“, der natürlich zunächst noch „Geschäftsgeheimniß“ der betreffenden Entdecker bleiben muß, um die vorgenommenen Verhaftung des besonders „an- rühmlichen“ Gen. Kienz recht „wohl begründet“ erscheinen zu lassen.

„Es ist gewiß recht anerkennenswerth“ — so schreibt uns unter Anderm ein dortiger Genosse — daß unsere „tapferen“ Gegner den Wahl- kampfs in der „Zeit der lauern Gurken“ derart interessant machen und wirken. Wir werden diese Aufmerksamkeit zu erwidern verstehen und allezeit zusammenreißen, die von der vereinigten Reaktion gezeigte Schwäche und deren schlechtes Gewissen den Wählern in diesem Wahl- kreise recht deutlich vorzubemonstrieren.

Der Feind vertreibt sich das Kampfnest mit Hausfuchungen, wir werden ihm selbst in dessen heimlichen so gut es geht und unbeirrt zusammenreißen.

— Aus dem sächsischen Voigtlande schreibt uns, Ende Juni, ein alter Genosse u. A.: Ich muß Ihnen noch mittheilen, daß die kräftige Kost, die der „Sozialdemokrat“ bietet, uns Voigtländern sehr wohl bekommt, das beweist Ihnen auch das fortwährende Steigen unserer Abonnentenzahl. Auch herrscht unter den hiesigen Genossen eine Ein- mütigkeit, wie noch nie. Wir könnten noch viel mehr Abon- nenten machen, aber wir wollen uns nicht der Gefahr aussetzen, Ver- räther anzuwerben, und deshalb suchen wir, „fest und bedächtig“, nach allen Richtungen hin, vorzudringen und Fühlung herzustellen und hoffen, daß Sie mit unserer Thätigkeit zufrieden sein werden.

(Gewiß, und wir werden unbefangene wie Ihre dreinlangen und vor- wärtsdrängen. Anmerkung der Redaktion.)

— In der schweizerischen Arbeiterpresse ist seit dem 1. Juli eine Aenderung dahin eingetreten, daß an Stelle des zurück- getretenen Genossen Herter Genosse E. Conzett, bisher Redakteur des „Volkstreuend“ in Thun, zum Redakteur der „Arbeiterstimme“ gewählt worden ist. Aus seinem Eintrittsartikel in der Nr. 26 der „Arbeiterstimme“ heben wir folgende Stelle hervor:

„Der Gewerkschaftsbund ist die reine Klassenorganisation, in Wahrheit international, weil in ihm Angehörige aller Nationen Aufnahme finden. Klassenbewußtsein und Klassenorganisation sind not- wendig, um gegenüber der kapitalistischen Klasse die Interessen des arbei- tenden Volkes wahren zu können. Ueberall — also auch bei uns — zeigen sich die Kapitalisten, ob sie sich Liberale, Radikale, Ultramontane oder sonstwie nennen, als kapitalistische Klasse, sobald ihr Interesse bedroht erscheint. Wo es gilt, unsere Arbeiterinteressen zu vertreten, müssen wir uns als organisierte Klasse zeigen, nur dadurch können wir der an Zahl viel schwächeren Kapitalistenklasse gegenüber zum Recht und insoweit, durch Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, zur Beseitigung aller Klassenunterschiede.“

Ein Handinhandgehen der Arbeiterschaft der ganzen Schweiz ist dringend notwendig. Weg mit der Nationalitätsbeschränkung, die ebenso wie der funktionelle Kapitalismus keine ehernen Fesseln der Lokalmilieu zu erhalten. Der Kapitalismus kann die Arbeiterbewegung, ebenso wie auch die Proletarier international vorgehen, wenn sie sich eine bessere Zukunft erringen wollen. Wenn es auch unsere erste Aufgabe ist, an der Verbesserung der Zustände in unserem eigenen Vaterland zu wirken und darum dem schweizerischen Volkscharakter gemäß vorzugehen, so dürfen wir doch nie außer Acht lassen, daß die soziale Frage nur auf internationalem Wege gelöst werden kann, daß die angeklärten Proletarier aller Länder ein Interesse besetzt: die ökonomische und politische Abhängigkeit zu beseitigen und den Weg zur Anerkennung zu bringen, wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen!“

In diesem Sinne wird Conzett die „Arbeiterstimme“ redigiren, und wir rufen ihm dazu ein freundliches Glücken! zu.

— Garibaldi und die deutschen Sozialisten. In keinem Lande ist die Nachricht vom Tode des tapfern Freiheitskämpfers Garibaldi mit solcher Gleichgültigkeit hingenommen worden, als in Deutschland, dem Lande, dem ein Garibaldi mehr Noth thäte als irgend einem andern. Einige mehr oder minder laue Nachrufe, das war Alles, was der bürgerliche Liberalismus für denselben Mann hatte, das war er vor einem halben Menschenalter begehrt zugestanden hätte. Und wie konnte es auch anders sein? Garibaldi ist bis zu seinem Tode selbst treu geblieben und hatte nicht die schloßmäßige über die Ehren gezogen, wie die deutschen Dairn, Sänger- und Schützenfestepublizisten der sechziger Jahre. Der einzige Partei aber, welche in Deutschland das Banner der Volkstheorie unentwegt hochhält, der Sozialdemokratie, war es un- möglich, ihrer Sympathie mit dem Freiheitskämpfer im rothen Hemde in öffentlicher Demonstration Ausdruck zu geben, sie hätte sonst für würdige Kundgebungen in jeder Beziehung gefogt.

So blieb es den deutschen Sozialisten im Auslande vorbehalten, oder vielmehr so war es ihre Pflicht, dieser Aufgabe nachzukommen. Und in Bern, Zürich und Genf ist das auch geschehen. In Zürich fand am 10. Juni auf Initiative deutscherseits eine von deutschen und schweizerischen Sozialisten sehr gut besuchte Versammlung statt. Der große Saal des alten Schützenhanfes war vollständig ge- füllt. Es sprachen Deutsche, Schweizer und Italiener. Genosse Bern-

stein feierte Garibaldi als Kämpfer für die ganze Menschheit und Dr. Stricker schilderte ihn als das goldene Herz und republikanische Gewissen Italiens. Ein Hoch auf das Andenken Garibaldi's und seiner Mitstreiter wurde mit stürmischem Jubel ausgenommen.

In Bern hielten am 2. Juli die verschiedenen Arbeitervereine eine Garibaldifeier ab. Die Festsprache hielt Herr Kärsprech Reichel, der in kernigen Worten das Leben und Wirken Garibaldi's schilderte.

Am großartigen war die vom deutschen Arbeiterverein in Genf, dessen Ehrenmitglied Garibaldi gewesen war, veranstaltete internationale Demonstration. Sechzehn verschiedene Vereine, darunter „La jeune Suisse“ (die junge Schweiz), der Brittenverein Genf u., viele französische, italienische, slavische u. Genossen nahmen daran Theil. Es war ein Zug von gegen 1000 Personen, der mit schwarz bedingten Fahnen (darunter mehrere rothe) durch die Straßen Genfs nach Carouge zog, um in der dortigen Schützenhalle das Andenken Garibaldi's zu feiern.

Trotzdem die konservative Presse aus Leibeskräften gegen die Demon- stration gehetzt hatte, war die Haltung des Volkes im Allgemeinen eine der Demonstration günstige, Störungen wurden von keiner Seite versucht. An der an die Demonstration sich anschließenden Versammlung nahmen gegen 1500 Personen Theil. Der bei den Sozialisten romanischer Zunge lüblichen Seite gemäß ein Ehrenpräsidium bestimmt, und zwar unter allgemeiner Affirmation das Ehren-Präsidium der russischen Revolutionäre. Mit der Leitung der Versammlung wurde Genosse Franz Klein (Zürich) beauftragt, der auch die erste Ansprache hielt. Franz Klein sprach in französischer, russischer, polnischer, solari, heritier, Gruffel (Schweizer), Ardigo (Spanier), Fachini (Italiener) und Fran Barvessa (Polin). Italienisch sprach Bürger Nabuzzi, deutsch und italienisch der berühmte Pflanzologe, Professor Schiff.

Folgende Beileidsadresse an die jüngeren Mitglieder der Familie Garibaldi's wurde einstimmig angenommen:

„Freie Männer, welche am 2. Juli auf freiem Boden versammelt sind, um das Andenken des wahren Fremden der Menschheit, Joseph Garibaldi's, Eures tapfern Vaters, zu ehren, empfinden gemeinsam das Verlangen, ihren Schmerz mit dem Euzigen zu verbinden. Sie hoffen, daß Ihr, die Ihr den Rest seines ruhmvollen Lebens durch Euer Heranwachsen aufgeweiht habt, Euch von diesem Beispiel, das so strenge Festhalten an seinen tugendhaften Prinzipien anbetrifft, anfeuern lassen werden, und daß Euer erster Akt der Reife sein möge, Euch zu erinnern, daß Ihr fordern und verlangen dürft, daß sein letzter Wille geachtet werde, daß dem unendlichen Atomreich der Atom zurückgegeben werde, der die unendliche Liebe zur Menschheit in sich schloß!“

Außerdem protestirte die Versammlung noch gegen das schwachvolle Vorgehen der italienischen Regierung, gegen Garibaldi's Waffensympathie- adresse für unseiner wackeren Veteranen Joh. Phil. Becker, der eifrig für die Manifestation gewirkt hat, aber durch eine plötzliche Erkrankung verhindert worden war, an ihr Theil zu nehmen. Auf der Rückkehr von Carouge zogen die Genossen mit Fahnen und Musik hinaus vor Beckers Haus und brachten dem braven Vorkämpfer ein stürmisches Hoch!

— Rußland. Die Verhaftungen, deren Richtigkeit wir vorläufig bezweifeln zu müssen glauben, werden jetzt offiziell bestätigt. Damit ist natürlich noch nicht die Wahrheit alles gesagt, was die Tagespresse über die Verhafteten und deren Beziehungen zur Revolutionärpartei vom Leben gibt, erwiesen, aber soviel steht fest, daß es der russischen Polizei gelungen ist, wieder einmal einen „Haug“ zu machen oder, um uns der geschmad- vollen Ausdrucksweise der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ zu bedienen, ein Verbrechen zu aufzuheben.

Ein recht angenehmer Menschenschlag, diese „demokratischen“ und „libe- ralen“ Journalisten! Für die Verbrecher in Amt und Würden haben sie höchstens einmal einige indirekte Andeutungen spülharterer Mißbilli- gung, wenn sich aber die besten Elemente eines Volkes anerkennen, um Gut und Blut, Freiheit und Leben für die Beseitigung politischer Knecht- schaft und administrativer Korruption einzusetzen, wenn dieselben, jedes andere Kampfmittel verbannt, zu Gewaltmitteln ihre Zuflucht nehmen, dann ist das liberalisirende Journalistengefindel sofort mit der Sprache der Polizei bei der Hand und folportirt willig alle Verläumdungen und Beschimpfun- gen, welche die Niedertracht der Unterdrückten ausstößt.

Da hat vor Kurzem ein Feuilletonschreiber der „Neuen Freien Presse“, ein Herr von Thaler, aus einem in Mailand erschienenem Buche „La Russia sottorranca“ (Das unterirdische Rußland) einen von aller- hand Verbrechen und Entstellungen wimmelnnden Auszug veröffentlicht — sofort war die ganze liberale und „demokratische“ Pressemittel bei der Hand, die Gemeinheiten, mit welchen dieser Dichter Zellenreicher die müthigen Kämpfer für Recht und Freiheit besudelt, als bange Mätze aufzuweisen, dem Volke die Fülle, entlassene Vera Sarsullisch als eine freischwärmende Magd, die edle hingebende Sophie Perow- skaja als kalte, gefühllose Rödeerin hinzustellen. Von den Seelenkämpfen, welche das Opfer des 15. April 1881 durchgemacht, als ihr die Aufgabe zugefallen war, an dem aufgehenden Schlag theilzunehmen, wird wohl- weislich geschwiegen, es macht sich ja viel piquanter und ist auch viel unangenehmer, zu schildern, wie das „reigende Köpfchen“ nur mit Nord- gebanken erfüllt war und ähnliche Feuilletoniskenneimäßen mehr. Der großartige Kampf des 19. Jahrhunderts ist für diese Gesellschaft nur ein Stoff zu allerhand läppischen Bijsereien.

Da die Verhaftungen Preiborn's, Gletschewski's u. sehr „interessant“ waren, so überließ uns die Tagespresse der Pflicht, die Einzelheiten hier zu wiederholen. Der kolossale Polizeiparität, der in Rußland und ganz besonders in Petersburg und Moskau unangesezt, und mit den weitgehendsten Vollmachten ausgestattet, thätig ist, um die Ordnung Alexanders, des Heutigen, zu ermdlichen, ist durch Ueberfälle aller Art einigen Verbindungen auf die Spur gekommen, die, abgesehen von allem Anderem, den Beweis liefern, daß allen Prakticieren Ignatiew's zum Trost der Nihilisten noch lebt und aller Verfolgung ungeachtet leben wird, bis das Ziel seiner Bestrebungen erreicht, das heißt, der zarische Despotismus in jeder Beziehung gebrochen ist.

Wir sagten oben, daß die bürgerliche Presse, so demokratisch sie sich auch gebet, für die Grausamkeiten der Verbrechen in Amt und Würden kaum ein schälicheres Wort indirekter Mißbilligung hätte. Das zeigt sich recht deutlich bei folgender Notiz, die wiederum ohne Kommen- tar die Kunde durch die Presse macht:

„Nach einer Petersburger Meldung der „Boskischen“ ist auf's Strengste angeordnet, daß sogar die Gefangenenanficher die Arre- tanten in der Peter- Pauls- Festung nicht sprechen dürfen. Derselben werden jetzt durch Consoisoldaten und Gesundheits- immer begleitet. Behufs Agnoskierung der zuletzt verhafteten Terroristen wurden früher verurtheilte zwanzig Terroristen noch nicht transportirt. Auch Jette Helimann, Doktor Weimar, Kaschajew und Mirski wurden nach der Festung zurückgebracht. Seit der Entdeckung, daß Gefangene Korrespondenzen und durch Kopien an den Wänden telegraphiren, sind Betten, Stühle und Tische in den Kerlern an den Boden befestigt und die Zellen wändem mit Filzdecken über- zogen. Der Bezug von Büchern aus der Biblio- thek ist sistirt. Die Bewachung des Panes neuer Kassenmatten in der Trubelhof-Bastion in der Peter- Pauls- Festung wird be- schleunigt. Großfürst Nicolai mit Adjutanten besichtigte den Bau und prüfte, ob die Wände den Schall forleiten.“

Diese Maßregel besagt nichts weiter, als daß die geistige Tortur der Gefangenen soweit als nur denkbar erhöht werden soll. Ohne Bilder, ohne jeden mündlichen Verkehr sollen die Gefangenen entweder stumpf- sinnig gemacht oder zur Verzweiflung getrieben werden, damit sie wo- möglich ohne direkte Anwendung körperlicher Tortur Alles gestehen, was ihre Heuler von ihnen zu erpressen wünschen. Die Zurücktrans-

